

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Fabian Falter

Obama-Besuch

US-Präsident Barack Obama ist Ende Mai zum ersten Mal seit etwa zwei Jahren zu einem unangekündigten Truppenbesuch nach Afghanistan gereist. Der Zeitpunkt war wohlüberlegt: Am Vorabend des *Memorial Day*, an dem die Amerikaner ihrer gefallenen Soldaten gedenken, hatte er zur moralischen Unterstützung den Countrysänger Brad Paisley dabei. Innenpolitisch symbolisiert der Besuch den Schulterschluss mit den Soldaten, denn der Abzug aus Afghanistan wird ihm Zuhause als Schwäche ausgelegt. Nach seiner Rückkehr gab Obama bekannt, dass zunächst 9800 Soldaten am Hindukusch verbleiben sollen, die dann bis Ende 2016 auch abgezogen werden sollen. Die Umsetzung dieser Pläne ist jedoch noch abhängig von der Unterschrift des afghanischen Präsidenten unter das von beiden Seiten ausgehandelte Sicherheitsabkommen. Der noch amtierende Präsident Karzai will die Unterschrift seinem Nachfolger überlassen, der in der Stichwahl im Juni ermittelt wird. Bei seinem Kurzbesuch traf sich Obama daher auch nicht mit Karzai, sondern ließ verkünden, man wolle die laufenden Wahlen nicht stören. Dafür traf er aber mit dem obersten CIA-Mitarbeiter in Kabul zusammen, den Mitarbeiter des Weißen Hauses aus Versehen auf eine offizielle Liste setzten und somit enttarnten.

Stichwahl

Bei den Präsidentschaftswahlen vom 5. April konnte kein Kandidat die erforderliche absolute Mehrheit erlangen. An der Abstimmung hatten trotz Drohungen von Aufständischen rund 60 Prozent der Wahlberechtigten teilgenommen, auch wenn knapp ein Siebtel der ursprünglich geplanten Wahllokale nicht hatte öffnen können. In der Stichwahl am 14. Juni treten nun der ehemalige Außenminister Abdullah Abdullah, der etwa 45 Prozent der Stimmen gewann, und der ehemalige Finanzminister und Weltbank-Ökonom Ashraf Ghani, der mit knapp 32 Prozent Zweiter wurde, gegeneinander an. Dritter wurde der von Präsident Karzai favorisierte, ehemalige Außenminister Zalmay Rassoul. Für die Stichwahlen werden die Karten neu gemischt, denn nun zählen ethnische Zusammengehörigkeit und politische Bündnisse noch stärker. Ghani sieht sich als Vertreter der größten Ethnie der Paschtunen. Abdullah dagegen hat eine tadschikische Mutter und einen paschtunischen Vater und ist vor

allem bei den ethnischen Minderheiten im Norden sowie in den großen Städten beliebt. Aus Sorge, Ghani könnte die Stimmen der übrigen paschtunischen Kandidaten nun vereinigen, arbeitet Abdullah an einem Bündnis mit Rassoul, ebenfalls einem Paschtunen. In den politischen Kernfragen weichen die beiden Kandidaten kaum voneinander ab: beide wollen das umstrittene Sicherheitsabkommen mit den USA unterzeichnen, die Wirtschaft stärken und die Korruption bekämpfen. Im Vordergrund steht wohl aber die Frage, wem die Bevölkerung am ehesten zutraut, das ethnisch heterogene Land zusammenzuhalten und für Frieden zu sorgen.

Geduldsspiel für Ortskräfte

Nach Medienberichten hat die Bundesregierung bis Ende April lediglich einem Drittel der sogenannten „Ortskräfte“, die einen Antrag auf Einreise nach Deutschland gestellt haben, diesen auch bewilligt. Viele Helfer ausländischer Institutionen fürchten nach dem Abzug der internationalen Truppen die Rache der Aufständischen und haben daher bei der jeweiligen Regierung, für die sie gearbeitet haben, Antrag auf Einreise gestellt. Im Oktober letzten Jahres noch hatte der damalige Verteidigungsminister Friedrich (CSU) angekündigt, man wolle allen Auswanderungswilligen unbürokratisch helfen. In der Praxis jedoch wird jeder Antrag genau nach einem Kriterienkatalog geprüft. Knapp die Hälfte der 1000 Anträge wurde bislang abgelehnt. Immer mehr Helfer versuchen daher, auf eigene Faust nach Deutschland zu reisen, um Asyl zu beantragen, was jedoch bis zu einem Jahr dauern kann.

Deutsche Journalistin getötet

Die Kriegs- und Sportfotografin Anja Niedringhaus ist einen Tag vor den Präsidentschaftswahlen an einem Checkpoint von einem afghanischen Polizisten erschossen worden. Nach Angaben des örtlichen Gouverneurs der Provinz Chost hatte der Täter Rache für einen Luftangriff auf sein Heimatdorf nehmen wollen. Niedringhaus hatte 2005 den Pulitzerpreis für ihre Berichte und Fotografien aus dem Irak-Krieg erhalten und in den letzten Jahren viel in Afghanistan gearbeitet. Ihre kanadische Kollegin Kathy Gannon wurde schwer verletzt. Ein weiterer Polizist schoss Ende April in Kabul im Krankenhaus einer amerikanischen Hilfsorganisation um sich und tötete drei Ärzte.

Schwere Überschwemmungen und Schlammlawinen im Norden

In der nördlichen Provinz Badachschan sind Ende April und Anfang Mai offiziell mehrere hundert Menschen bei Überschwemmungen und Schlammlawinen ums Leben gekommen. In den Medien war sogar von möglicherweise über 2000 Toten die Rede. Besonders schwer betroffen war das abgelegene Dorf Ab-e-Barik, in dem eine Schlammlawine zunächst eine Hochzeitsgesellschaft mit sich riss und anschließend fast das gesamte Dorf zerstörte. Außenminister Steinmeier, Bundespräsident Gauck und US-Präsident Obama sprachen Afghanistan ihre Anteilnahme aus und sicherten Hilfe zu.

„Kabul Dreams“ in den USA

Sie gelten als „Afghanistans erste Rockband“ und träumen von einer internationalen Karriere. Die Musiker Suleyman, Siddiq und Raby haben 2008 die Band *Kabul Dreams* gegründet und sind nun in Austin (Texas) beim bekannten SXSW-Festival (*South by Southwest Music Conference and Festival*) aufgetreten. Seit Anfang des Jahres leben sie in San Franciscos Vorort Freemont, schlagen sich mit Nebenjobs durch und versuchen, mit ihrer Musik auf sich aufmerksam zu machen. Ganz anders als vorher in Kabul, als aus Sicherheitsgründen nur Eingeweihte von ihren Konzerten erfahren durften.

Folterbericht

Anfang April hat sich der US-Senat dazu entschlossen, eine gekürzte Version eines ihm vorliegenden umfassenden Berichts über die Verhör- und Foltermethoden der amerikanischen Geheimdienste zu veröffentlichen. Die Anzahl und Schwere der Fälle soll dabei bei weitem höher sein als bislang vermutet. Offen ist jedoch weiterhin, wann genau der Bericht veröffentlicht wird, und wer in der Zwischenzeit noch Passagen kürzen darf.

Geldwäsche

Bis zum 22. Juni muss Afghanistan seine Gesetze zur Geldwäsche erneuern, ansonsten würde das Land auf der Schwarzen Liste der *Financial Action Task Force* landen und könnte keine Gelder von internationalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank oder der *Asian Development Bank* mehr erhalten. Präsident Karzai hatte 2004 per Dekret ein international gefordertes Gesetz zur Geldwäsche erlassen, das sich jedoch als ineffektiv erwies. Nach langen Verhandlungen liegt dem Parlament nun ein neuer Gesetzentwurf vor. Nach Schätzungen verlassen jährlich sieben bis acht Milliarden US-Dollar das Land und wer-

den überwiegend in Immobilien in den Golfstaaten sowie Import-Export-Geschäfte investiert. Das veruntreute Geld stammt meist aus dem Drogenhandel oder aus Mitteln der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Die Sorge, das Geld würde für terroristische Aktivitäten eingesetzt, sieht die NRO *Integrity Watch Afghanistan* nicht bestätigt: Nur ein Prozent der Gesamtsumme würde Aufständischen zugute kommen.

AFGHANSAT 1

Das afghanische Ministerium für Informationstechnologie und Telekommunikation hat Mitte Mai einen Satelliten des französischen Eutelsat-Unternehmens gemietet und „AFGHANSAT 1“ getauft. Der Satellit soll vor allem den TV- und Mobilfunk-Empfang im ganzen Land deutlich verbessern. Die Miete beträgt 4 Millionen US-Dollar im Jahr, die Nutzung der Leistungen soll aber nach Angaben des Ministeriums 15 Millionen US-Dollar jährlich einbringen.

Veteranen

Der näherrückende Abzug der Bundeswehr setzt auch den öffentlichen Umgang mit Veteranen wieder auf die Tagesordnung. Viele der Rückkehrer leiden an psychischen Krankheiten wie dem Posttraumatischen Belastungssyndrom (PTBS). Soldatenverbände beklagen zudem die gesellschaftliche Ausgrenzung und Stigmatisierung. Obwohl mehr als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnen, sieht die Bundesregierung genau darin die größte Aufgabe der Armee. Da die Politik aber ansonsten im Umgang mit den Soldaten und Veteranen zaudern würden, hat der Bund Deutscher Veteranen kurzerhand selbst einen Veteranentag eingeführt, der nun immer am 31. Mai gefeiert werden soll.

Gefangenenaustausch – Bergdahl in Deutschland

Seit 2009 befand sich der US-Soldat Bowe Bergdahl in Gefangenschaft der Taliban; Anfang Juni wurde er gegen fünf afghanische Guantanamo-Häftlinge ausgetauscht. Bergdahl wurde zur Behandlung nach Deutschland gebracht, aber in seiner Heimat entbrennen heftige Diskussionen. Unter welchen Umständen wurde er entführt, war er desertiert? Hat die US-Regierung mit dem Austausch einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen? Kritiker aus der Republikanischen Partei behaupten, Präsident Obama habe sich über das Gesetz gestellt, als er die Freilassung der Guantanamo-Häftlinge ohne die Zustimmung des Kongresses anordnete.